

Niederschrift über die Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 02.04.2009

Tagungsort: Freizeitzentrum Baumheide, Rabenhof 76, 33609 Bielefeld
Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 20:25 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Andreas Rüther - Bezirksvorsteher - (RM)

CDU

Herr Dr. Guido Elsner
Frau Elke Grünewald (RM)
Frau Monika Kammeier
Frau Heidemarie Pilchner
Herr Heinz Pilchner
Herr Jan Scholten (Vors.) (RM)
Herr Jörg-Rüdiger Schütz

SPD

Herr Bernd Diekmann
Frau Regina Klemme-Linnenbrügger
Frau Traude Schnadhorst
Herr Kurt Stuke

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Marianne Kreye (Vors.)
Frau Angela Hoose ab 18.20 Uhr (TOP 1)

BfB

Frau Lieselotte Köttnitz

Ratsmitglieder, die im Stadtbezirk wohnen oder dort kandidiert haben

-/-

Zuhörer in der nichtöffentlichen Sitzung (§ 19 Abs. 4 GeschO)

-/-

Entschuldigt fehlt

Herr Holm Sternbacher
Herr Gerhard Wäschebach

stellv. Bezirksvorsteher (RM)
SPD-Fraktionsvorsitzender

Verwaltung

Herr Fidler
Herr Berger
Frau Dietz
Herr Daube
Herr Lötze

Bauamt (zu TOP 6)
Umweltbetrieb (zu TOP 7)
Amt für Verkehr (zu TOP 8)
Bezirksamt Heepen
Bezirksamt Heepen Schriftführer

Externe

Herr Drees

Büro Drees u. Huesmann (zu TOP 6)

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Bezirksvorsteher Rüter eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Die von der Bezirksvertretung genehmigte Tagesordnung wird sodann wie folgt erledigt:

Zu Punkt 1 **Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Heepen**

1.1 Radweg zwischen Bielefeld-Heepen und Leopoldshöhe-Schuckenbaum

Frau Kobusch (Sprecherin der Interessengemeinschaft „Radweg zwischen Bielefeld-Heepen und Leopoldshöhe-Schuckenbaum“) führt aus, dass ihres Wissens in den Bielefelder Stadtteilen Heepen und Bröninghausen viele Einwohnerinnen und Einwohner leben, die gerne mit dem Fahrrad nach Leopoldshöhe fahren würden, wenn dies über eine sichere Radwegeverbindung möglich wäre. Gleiches gelte für in Leopoldshöhe Bürgerinnen und Bürger in umgekehrter Richtung.

Die direkte Verbindung zwischen den Orten bilde die Landstraße L 968 (Eckendorfer Straße) sowie ein kleines Teilstück der L 805 (Salzufler Straße). Auf dieser Strecke werden - trotz teilweiser Geschwindigkeitsbegrenzung auf 70 km/h - hohe Geschwindigkeiten gefahren. Das Befahren für Radfahrer sei daher sehr gefährlich. Ausweichmöglichkeiten für Radfahrer auf andere Straßen gebe es nicht, da auch dort keine Radwege vorhanden seien. Um diesen Missstand zu beenden, habe sich eine Interessengemeinschaft gebildet, die Mitte Februar 2009 eine Unterschriftenaktion begonnen habe. Bis heute wurden in Bielefeld und Leopoldshöhe über 2200 Unterschriften für den Bau eines entsprechenden Radweges gesammelt. Die Aktion habe die Erwartungen der Interessengemeinschaft deutlich übertroffen und stehe kurz vor ihrem Abschluss. Es sei beabsichtigt, die Unterschriftenlisten in Kürze den zuständigen Gremien in Bielefeld und Leopoldshöhe zu überreichen.

Der geforderte Radweg bilde einen Lückenschluss zwischen dem Bielefelder und dem Lipper Radwegenetz. Viele Leopoldshöher Bürgerinnen und Bürger sind vor einigen Jahren aus Bielefeld nach Leopoldshöhe in die hier vorhandenen Neubaugebiete gezogen. Für viele Menschen ist Leopoldshöhe eine Wohnstadt, gearbeitet werde jedoch häufig weiterhin in Bielefeld. Es gebe daher viele Berufspendler, die die Strecke nach Bielefeld mit dem Rad zurücklegen bzw. zurücklegen würden, wenn dies auf einem sicheren Radweg möglich wäre. Des Weiteren besuchen viele Leopoldshöher Schülerinnen und Schüler das Schulzentrum in Heepen. Auch aus diesem Kreis gibt es eine große Anzahl von Schülerinnen und Schülern, die sich gerne per Fahrrad auf den Schulweg begeben würden. Dies werde z. Z. von den meisten Eltern jedoch aufgrund der fehlenden sicheren Radwegeverbindung nicht erlaubt. Darüber hinaus bilden die in Heepen vorhandenen Gastronomieangebote, Einkaufsmöglichkeiten und sonstigen Attraktionen („Runkelkrug“, „Alte Wassermühle“, „Heeper Ting“, Schützenfest etc.) für die im Bereich Leopoldshöhe lebenden Menschen Anziehungspunkte, die sie gerne mit dem Rad besuchen würden.

Demgegenüber besuchen viele Heeper Schülerinnen und Schüler die Gesamtschule in Leopoldshöhe, können diese aber aufgrund des hohen Gefahrenpotentials nicht per Rad erreichen. Gerade an der Gesamtschule wurden daher auch bislang viele Unterschriften, die sich für einen entsprechenden Radweg aussprechen, gesammelt. Darüber hinaus werden zwei an der Strecke liegende Reiterhöfe von vielen Heeper und Leopoldshöher Jugendlichen besucht. Auch hier wurden Unterschriften gesammelt, die aus Sicht der Interessengemeinschaft belegen, dass der Bau des Radweges dringend gewünscht werde. Weiterhin würden viele Bielefelder und Heeper Einwohnerinnen und Einwohner, die in Leopoldshöhe angebotenen Veranstaltungen und Feste (Frühjahrs- und Herbstmarkt, Sonnenblumenfest etc.) gerne mit dem Fahrrad besuchen, wenn es einen sicheren Radweg gebe.

Vor diesem Hintergrund habe der Ausschuss für Straßen, Plätze und Verkehr der Gemeinde Leopoldshöhe am 18.03.2009 einstimmig beschlossen, die Verwaltung zu beauftragen, das Radwegeprojekt für das Landesprogramm „Bürgerradwege“ anzumelden. Die Interessengemeinschaft sei davon überzeugt, dass eine entsprechende Radwegeverbindung bis zur Bielefelder Stadtgrenze realisiert werden könne. Es bestehe dann noch eine rd. 350 Meter lange Lücke im vorhandenen Radwegenetz („Windwehe“ bis „Runkelkrug“), die von der Stadt Bielefeld geschlossen werden müsse. Vor diesem Hintergrund habe sie die Frage, ob die Stadt Bielefeld zum „Lückenschluss“ bereit sei. Im Anschluss überreicht Frau Kobusch Bezirksvorsteher Rüter und den Mitgliedern der Bezirksvertretung Heepen Informationsmaterial zum Projekt „Bürgerradweg“. Abschließend bittet Frau Kobusch die Bezirksvertretung Heepen sowie die übrigen politischen Gremien der Stadt Bielefeld um ihre Unterstützung.

Bezirksvorsteher Rüter bittet die Verwaltung um Prüfung und Berichterstattung.

Herr Scholten (CDU-Fraktionsvorsitzender) begrüßt das Projekt grundsätzlich, beurteilt die Realisierungsmöglichkeiten aber eher skeptisch und verweist auf entsprechende Projekte in Süddeutschland. Von den Beteiligten sei ein hohes Maß an Eigenleistung zu erbringen. Ein entsprechender Standard setze darüber hinaus auch den Einsatz erheblicher technischer und finanzieller Mittel voraus, die von den Betroffenen seines Erachtens häufig unterschätzt werden. Darüber hinaus stelle sich die Frage, wer die Folgekosten trage.

1.2 „Wohnen im Pastorengarten“

Herr Seppmann (Einwohner des Stadtteils Heepen und Ehrenvorsitzender des Heimat- und Geschichtsvereins Heepen) gibt folgende Erklärung ab bzw. stellt folgende Fragen:

„Ich möchte die Einwohnerfragestunde nutzen, um einige kritische Anmerkungen zu machen. Vordergründig geht es dabei um das Haupthaus an der Heeper Straße mit der geforderten Viergeschossigkeit, das immer mehr in die Schusslinie gerät. Gibt es da nicht eine andere, vernünftiger Lösung? Muss es auch unbedingt ein Flachdach sein? Die Länge des Hauses soll immerhin 60 Meter betragen. Ist die Hausfront nicht eine Nummer zu groß? Ist es überhaupt zu vertreten, der 1000-jährigen Kirche solch ein voluminöses Haus vor die Nase setzen zu wollen? Wird nicht die Kirche ihre so prägende Dominanz verlieren? Verlangt nicht der sensible Standort der Kirche in der Mitte Heepens ein anderes Denken? Das Haus soll nun immerhin 30 Meter zurückversetzt werden. Nützt es da überhaupt etwas, wenn sich das Gebäude verschämt hinter Baumgrün und parkenden Autos versteckt? Wie ist es zu verstehen, wenn das Fachwerkhaus „Alte

Vogtei“, unser besonderes Heeper Aushängeschild, nun ein Nachbarhaus mit Flachdach bekommen soll? Altes Fachwerk und neumodernes Flachdach, so eng beieinander, passt das überhaupt in den historischen Heeper Ortskern? Wird nicht auch durch die nahe kompakte Bebauung des Pastorengartens das Kriegstotenehrenmal in Mitleidenschaft gezogen? Überhaupt, wird Heepen nicht in große Gefahr kommen, das Gesicht zu verlieren? Dem könnte, gar müsste sicherlich noch einiges hinzugefügt werden. Was gedenkt die Bezirksvertretung zu tun, dieser Entwicklung im Heeper Ortskern wirkungsvoll zu begegnen.“

Bezirksvorsteher Rüter erläutert das Verfahren zur Aufstellung eines Bebauungsplanes und die im Rahmen des Verfahrens für alle Beteiligten rechtlich vorgesehenen Mitwirkungsmöglichkeiten. In der heutigen Sitzung der Bezirksvertretung werde die Planung von der Verwaltung vorgestellt und über den vorgelegten Vorschlag zur Aufstellung des Bebauungsplanes beraten. Alle von der Planung Betroffenen haben im Anschluss im Rahmen der weiteren Verfahrensschritte mehrfach die Gelegenheit ihre Anregungen und Bedenken zu äußern. Diese seien dann jeweils von der Verwaltung im Einzelfall abzuwägen und mit einer entsprechenden Stellungnahme versehen den zuständigen politischen Gremien zur Entscheidung vorzulegen. Die Verwaltung beabsichtige im Rahmen der nach dem Baugesetzbuch vorgesehenen frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit voraussichtlich noch im Mai 2009 eine entsprechende Veranstaltung durchzuführen, in der die Möglichkeit bestehe, Bedenken und Anregungen zur Planung vorzutragen.

Frau Hansing (Einwohnerin des Stadtteils Heepen) unterstützt in ihrem Wortbeitrag die von Herrn Seppmann vertretene Auffassung. Sie weist darauf hin, dass verschiedene Heeper Bürgerinnen und Bürger mit Schreiben vom 08.11.2008 einen Fragenkatalog vorgelegt haben, der bis heute weder von den Mitgliedern des Gremiums noch von der Verwaltung abschließend beantwortet wurde. Sie fragt, wann mit einer Antwort zu rechnen sei. Im Anschluss führt sie aus, dass sie die - der Beschlussvorlage zu entnehmende Planung (4-geschossige Bauweise, Flachdach, Massivität des Baukörpers etc.) - erschrecke, da ein solches Vorhaben ihres Erachtens nicht in das Ortsbild passe. Sie weist weiter darauf hin, dass viele Bürgerinnen und Bürger Anregungen zu der vorgesehenen Planung geäußert haben und fragt, ob diese Äußerungen in der Planung Niederschlag gefunden haben. Weiterhin fragt sie, ob und ggf. welche Zusagen dem Investor im Vorfeld gemacht wurden und verweist auf die große Verantwortung, die die Bezirksvertretungsmitglieder im Rahmen der Entscheidung über diese Planung zu tragen haben. Unter Hinweis auf Ziffer 2 des Beschlussvorschlages fragt Frau Hansing wie sich das „Beschleunigte Verfahren“ auf die Mitwirkungsrechte der Bürgerinnen und Bürger auswirke.

Bezirksvorsteher Rüter stellt nachdrücklich fest, dass dem Investor im Vorfeld keinerlei Zusagen gemacht wurden und erläutert die Bedeutung und den Ablauf des dem Verfahren vorausgegangenen Architektenwettbewerbes.

Frau Lagemann (Einwohnerin des Stadtteils Heepen) schließt sich den Ausführungen von Frau Hansing an und fragt, wann die im November 2008 von Heeper Einwohnerinnen und Einwohnern formulierten Fragen beantwortet werden. Darüber hinaus stellt sie die Frage, in welcher Form die zu berücksichtigenden denkmalschutzrechtlichen Fragen geprüft wurden.

Herr Fidler (Bauamt) erläutert unter Bezugnahme auf die von Frau Hansing gestellten Fragen das „Beschleunigte Verfahren“ und stellt fest, dass die gesetzlich vorgesehenen Mitwirkungsrechte der Bürgerinnen und Bürger durch dieses besondere Verfahren nicht berührt werden. Unter Bezugnahme auf die von Frau

Lagemann gestellte Frage führt er aus, dass die denkmalschutzrechtlichen Fragen von der zuständigen Unteren Denkmalbehörde geprüft wurden. Die Untere Denkmalbehörde habe keine Bedenken gegen die Planung erhoben.

Weiterhin sei nochmals darauf hinzuweisen, dass dem Investor gegenüber von keiner Seite Zusagen gemacht wurden. Der mit dem Investor im Vorfeld des Wettbewerbs geschlossene Vertrag enthalte ausdrücklich einen Passus, dem eindeutig zu entnehmen sei, dass der Investor keinen Anspruch auf die Realisierung des Wettbewerbsergebnisses habe. Ob der Bebauungsplan rechtskräftig werde, sei nach Abschluss eines geordneten Bebauungsplanverfahrens allein vom Rat der Stadt zu entscheiden. Die angesprochenen schriftlich formulierten Fragen Heeper Bürgerinnen und Bürger (vgl. Schreiben vom 08.11.2008) wurden von der Bauverwaltung als Anregungen und Bedenken gewertet und werden in das Verfahren einbezogen. Er gehe davon aus, dass die Fragen in der für Mai 2009 vorgesehenen frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit beantwortet werden können.

Herr Teubert (Einwohner des Stadtteils Heepen und Eigentümer der unter Denkmalschutz stehenden Alten Wassermühle Meyer zu Heepen) nimmt Bezug auf einen von ihm verfassten und in der Presse veröffentlichten Leserbrief, der sich u. a. mit der Notwendigkeit befasse, gewachsene architektonische Strukturen für die nachfolgenden Generationen zu erhalten. Seines Erachtens widerspreche die vorgestellte Planung dieser Notwendigkeit. Eine konkrete Frage stellt Herr Teubert nicht.

Herr Gottschalk (Einwohner des Stadtteils Heepen) führt aus, dass auch, wenn der Baukörper inzwischen nach Süden versetzt wurde und nun ein größerer Abstand zur Heeper Straße entstehe, es sich weiterhin um ein kompaktes rd. 60 Meter langes 4-geschossiges Bauwerk mit Flachdach handle, das seines Erachtens nicht in das Ortsbild passe. Er fragt, ob im Wettbewerb darüber diskutiert wurde, inwieweit die vorgesehene Bauweise (4-geschossig, Flachdach etc.) ortsbildverträglich sei.

Bezirksvorsteher Rüter erläutert, dass die Frage des Bauvolumens im Wettbewerb intensiv diskutiert wurde. Entsprechende Bedenken seien im Ergebnis weder von den beteiligten Architekten und Planern noch von den sonstigen Beteiligten geäußert worden. Abschließend verweist Bezirksvorsteher Rüter nochmals auf die im weiteren Verfahren bestehenden Mitwirkungsrechte der Bürgerinnen und Bürger. Die Bezirksvertretung werde alle Bedenken und Anregungen sorgfältig prüfen und gewichten und nach bestem Wissen und Gewissen entscheiden.

Herr Stuke (SPD-Fraktion) weist den seines Erachtens öffentlich erhobenen Vorwurf, dass dem Investor im Vorfeld der Planung bestimmte Zusagen hinsichtlich des Umfangs der Realisierung des Vorhabens gemacht wurden, mit Nachdruck zurück. Er erklärt, dass alle am bisherigen Verfahren (Wettbewerb etc.) Beteiligten nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt haben.

1.3 Sanierung Obersee und Beschilderung der Siedlung Grafenheide

Herr Prester (Einwohner des Stadtbezirks und Sprecher der Bürgerinitiative Brake - Grafenheide & Johannisbachaue) fragt unter Bezugnahme auf die für die Schlammablagerung vorgesehenen Spülpolder, ob die Befüllung der Polder abgeschlossen sei und inwieweit das Volumen der Polder zu groß geplant wurde. Weiterhin fragt er, mit welcher weiteren Arbeits- und Bauabfolge zu rechnen sei.

Im Anschluss weist Herr Prester darauf hin, dass im Bereich der Siedlung Grafenheide eine Umbeschilderung (Ortseingang und Ortsausgang) vorgenommen wurde. Er fragt, warum im Bereich Grafenheider Straße / Engersche Straße drei derartige Schilder statt eines Ortseingangsschildes und darüber hinaus fünf zusätzliche 50 km/h-Schilder aufgestellt wurden. Abschließend fragt er, aus welchen Gründen an der Brücke über die Bahnstrecke ein Ortsausgangsschild aufgestellt wurde, so dass es nun möglich sei, in Richtung Tal 100 km/h zu fahren.

Bezirksvorsteher Rüter bittet die Verwaltung, die von Herrn Prester gestellten Fragen zu prüfen.

1.4 Braker Bahnhof

Herr Baumann (Einwohner des Stadtteils Brake) verweist auf erhebliche Missstände im Bereich des Ersatzbahnsteiges in Fahrtrichtung Bielefeld. Aufgrund des vorhandenen Geländegefälles befindet sich der Zugang - insbesondere bei Regen - in einem seines Erachtens fast unpassierbarem Zustand. Die Bahn sei mehrfach darauf hingewiesen worden, dass die Nutzerinnen und Nutzer den Bahnsteig bei Regen nicht trockenen Fußes erreichen können. Darüber hinaus gebe es keine ausreichende Beleuchtung und der Zugang müsse über die Schienen erfolgen. Dies stelle sei seines Erachtens ein unzumutbares Sicherheitsrisiko dar. Er fragt, ob die Bezirksvertretung eine Möglichkeit sehe, die Bahn zu veranlassen, das vorhandene Gefahrenpotential zu verringern und einen befestigten Zugang zu schaffen. Darüber hinaus fragt er, ob beabsichtigt sei, den unattraktiven Bereich städtebaulich aufzuwerden.

Bezirksvorsteher Rüter erläutert, dass die Stadt Bielefeld grundsätzlich keine Möglichkeit habe, die Bahn zu entsprechenden Maßnahmen zu verpflichten. Er bitte die Verwaltung, die gestellten Fragen mit den zuständigen Stellen der Bahn zu erörtern und der Bezirksvertretung über das Ergebnis der Gespräche zu berichten.

Da keine weiteren Einwohnerfragen gestellt werden, schließt Bezirksvorsteher Rüter die Einwohnerfragestunde.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 02.04.2009 - öffentlich - TOP 1 *

-.-.-

Zu Punkt 2

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 52. Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 26.02.2009

Ohne Aussprache ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 52. Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 26.02.2009 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 02.04.2009 - öffentlich - TOP 2 *

-.-.-

Zu Punkt 3

Mitteilungen

I. Schriftliche Mitteilungen

3.1

Verkehrliche Auswirkungen der L 712n und der Grafenheider Straße auf die Stadtteile Schildesche und Jöllenbeck und städtische Stellungnahme zum Planfeststellungsverfahren für den Neubau der L 712n - 4. BA

Mit den Sitzungsunterlagen haben alle Bezirksvertretungsmitglieder folgende Unterlagen erhalten:

- Informationsvorlage der Verwaltung vom 12.01.2009
(Drucksache 6378/2004-2009)
 - Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung der Bezirksvertretung Schildesche am 22.01.2009
 - Auszüge aus der Niederschrift über die Sitzung der Bezirksvertretung Jöllenbeck am 29.01.2009 (TOP 1.1, 1.2 und 5)
 - Auszüge aus der Niederschrift über die Sitzung des Umwelt- und Stadtentwicklungsausschusses am 03.02.2009 (TOP 4.1 und 10)
 - Anfrage der „Bürgerinitiative L 712 NICHT SO e.V.“ vom 23.02.2009
 - Antwortschreiben des Amtes für Verkehr vom 25.02.2009
 - Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt am 19.02.2009
- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 02.04.2009 - öffentlich - TOP 3.1 *

-.-.-

3.2 Verkehrsmo­dell Bielefeld (vgl. u. a. Beratung zur Verkehrssituation im Stadtteil Oldentrup - BV Heepen - 26.02.2009 - TOP 4.2)

In der Sitzung des Umwelt- und Stadtentwicklungsausschusses am 03.02.2009 wurde von den beauftragten Gutachtern (Ingenieurgruppe für Verkehrswesen und Verfahrensentwicklung Aachen / Berlin) das „Verkehrsmo­dell Bielefeld - Verkehrliche Wirkungen 2008 und 2020 im motorisierten Verkehr“ vorgestellt (vgl. Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss - 03.02.2009 - TOP 4.1: Städtische Stellungnahme zum Planfeststellungsverfahren für den Neubau der L 712n - 4. BA). Den Mitteilungen beigefügt ist ein Abdruck der Präsentationsunterlagen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 02.04.2009 - öffentlich - TOP 3.2 *

-.-.-

3.3 Umsetzung der Umgebungslärmrichtlinie im Stadtgebiet Bielefeld - Einsatz von lärm­mindernden Asphalt­schichten im Straßenbau

Den Mitteilungen beigefügt ist ein Abdruck der Informationsvorlage der Verwaltung vom 16.12.2008 (Drucksache 6284/2004-2009) sowie ein Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Umwelt- und Stadtentwicklungsausschusses am 03.02.2009.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 02.04.2009 - öffentlich - TOP 3.3 *

-.-.-

3.4 Änderung der Fördersätze im Kommunalen Straßenbau

Den Mitteilungen beigefügt ist ein Abdruck der Informationsvorlage der Verwaltung vom 14.01.2009 (Drucksache 6392/2004-2009) sowie ein Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Umwelt- und Stadtentwicklungsausschusses am 03.02.2009.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 02.04.2009 - öffentlich - TOP 3.4 *

-.-.-

3.5

Umstellung des Rechnungswesens auf NKF

Mit den Sitzungsunterlagen haben alle Bezirksvertretungsmitglieder ohne Ratsmandat das Schreiben des Oberbürgermeisters vom 05.03.2009 und den diesem Schreiben beigefügten Fragebogen zum NKF-Haushalt erhalten.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 02.04.2009 - öffentlich - TOP 3.5 *

-.-.-

3.6

Konzept zur Verbesserung der Situation rund um den Braker Bahnhof (vgl. u. a. BV Heepen - 08.03.2007 - TOP 6.3, BV Heepen - 16.08.2007 - TOP 12 und BV Heepen - 06.12.2007 - TOP 4.1)

Den Mitteilungen beigefügt ist die Stellungnahme des Amtes für Verkehr vom 29.01.2009.

Im Rahmen der Beratung der mehrfach von der Bezirksvertretung erhobenen Forderung nach einem barrierefreien Zugang zum Braker Bahnhof hatte Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) u. a. darauf hingewiesen, dass über den Treppenzugang zu den Bahnsteigen hinaus früher offenbar eine weitere Zugangsmöglichkeit (alter Gepäckunnel o. ä.) bestanden habe. Er hatte die Verwaltung in diesem Zusammenhang gebeten, die Möglichkeit zu prüfen, hier ggf. einen barrierefreien Zugang zu schaffen.

Das für den Bahnhof Brake zuständige „Bahnhofsmanagement Bielefeld“ hat auf Nachfrage zu dem von Herrn Wäschebach angesprochenen Sachverhalt erklärt, dass dort keine entsprechende weitere Zugangsmöglichkeit bekannt sei. Das Vorhandensein eines separaten Gepäcktunnels oder einer ähnlichen Einrichtung (wie z. B. am Bielefelder Hauptbahnhof) sei auszuschließen, da der Fracht- / Gepäckverkehr auf dem Bahnhof Brake früher über einen ebenerdigen Zugang zum ehemaligen „Frachtbahnsteig“ abgewickelt wurde.

Darüber hinaus wies der zuständige Mitarbeiter des Bahnhofsmanagements darauf hin, dass, selbst bei Bestehen einer entsprechenden weiteren Zugangsmöglichkeit, aufgrund technischer und finanzieller Abhängigkeiten nicht die Möglichkeit bestehe, z. B. eine Fahrstuhlanlage, einzubauen.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktion) stellt fest, dass die Stellungnahme der Verwaltung seines Erachtens nicht zu neuen Erkenntnissen hinsichtlich der Verbesserung der Situation rund um den Braker Bahnhof führe. Er bewerte die Ausführungen der Verwaltung daher eher als Sachstandsbericht. Aufgrund des weiterhin bestehenden Handlungsbedarfes und vor dem Hintergrund der in der Einwohnerfragestunde von einem Bürger getroffenen Aussagen zu vorhandenen Missständen halte er es für erforderlich, die Situation im Rahmen eines ordentlichen Tagesordnungspunktes in einer der nächsten Sitzungen der Bezirksvertretung ganzheitlich zu beraten. Seines Erachtens sollte hierzu auch die DB AG eingeladen werden.

Bezirksvorsteher Rüther schließt sich der von Herrn Dr. Elsner vertretenen Auffassung an und bittet die Verwaltung um weitere Veranlassung.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 02.04.2009 - öffentlich - TOP 3.6 *

-.-.-

3.7 Kosten des Untersees (Anfrage der BfB-Fraktion vom 19.02.2009)

Den Mitteilungen beigelegt ist ein Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt am 19.02.2009.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 02.04.2009 - öffentlich - TOP 3.7 *

-.-.-

3.8 Verkehrssituation Ziemannsweg in Brake (vgl. u. a. BV Heepen - 23.10.2008 - TOP 3.15)

Die Bezirksvertretung Heepen hatte sich in ihrer Sitzung am 23.10.2008 dafür ausgesprochen, dem Vorschlag der Verwaltung, den Ziemannsweg versuchsweise für drei Monate mit einem Sperrpfosten abzubinden.

Das Amt für Verkehr hat auf Nachfrage mitgeteilt, dass die zeitlich befristete Abbindung des Ziemannsweges dem Beratungsergebnis entsprechend erfolgen werde. Um den betroffenen Anwohnern einen konkreten Abbindungstermin nennen zu können, wurde die Frostperiode abgewartet. Nun ist durch die Baumaßnahme am Wefelshof eine Aufhebung der Einbahnstraße und eine alleinige Ein- und Ausfahrt zur Braker Straße erforderlich. Für die 4- bis 6-wöchige Bauphase wird die Abbindung mit Sperrpfosten daher zunächst noch zurück gestellt. Anschließend wird die Abbindung in der Presse bekannt gemacht.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 02.04.2009 - öffentlich - TOP 3.8 *

-.-.-

II. Mündliche Mitteilungen

3.9 Broschüre „Touristik 2009“ des MSC Senne e.V. im ADAC

Herr Daube verweist auf die zu Sitzungsbeginn an alle Bezirksvertretungsmitglieder verteilte Broschüre „Touristik 2009“ des MSC Senne e.V. im ADAC. Die in der Broschüre beschriebenen Veranstaltungen beziehen sich weitestgehend auf den Stadtbezirk Heepen. Vor diesem Hintergrund sei die Broschüre in enger Zusammenarbeit mit dem Heimat- und Geschichtsverein Heepen e.V. erstellt worden.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 02.04.2009 - öffentlich - TOP 3.9 *

-.-.-

3.10 Grundschule Am Homersen: Schülerbeförderung

Herr Daube informiert über die Neuorganisation der Schülerbeförderung im Bereich der Grundschule Am Homersen, die aufgrund gesunkener Schülerzahlen in Teilbereichen des Einzugsgebietes der Schule erforderlich wurden. Die Neuorganisation erfolgte in enger Abstimmung und mit Zustimmung aller Beteiligten (Eltern, Schulleitung und Schulverwaltung).

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 02.04.2009 - öffentlich - TOP 3.10 *

-.-.-

3.11 Umbau der Kreuzung Altenhagener Straße / Amtmann-Bullrich-Straße / Am Homersen (vgl. BV Heepen - 28.02.2009 - öffentlich - TOP 3.1)

In der Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 26.02.2009 hatte Frau Kreye (Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen) darauf hingewiesen, dass die Spedition Reckendorf ihres Wissens ihr Betriebsgelände verlegt habe und insofern am Altstandort kein Speditionsbetrieb mehr stattfindet. Da die Unübersichtlichkeit des Kreuzungsbereiches ihres Erachtens u. a. auf den großen Einfahrtsbereich zurückzuführen sei, hatte sie die Frage gestellt, ob im Rahmen der Planung des Kreuzungsumbaus auch die Option eines Rückbaus des Einfahrtsbereiches zugunsten der Übersichtlichkeit geprüft wurde.

Herr Daube informiert darüber, dass das Amt für Verkehr dazu mitgeteilt habe, dass dort nicht bekannt sei, dass die Firma Reckendorf ihren Speditionsbetrieb an der Altenhagener Straße aufgegeben habe. Die derzeitige Zufahrt besitze

im Übrigen Bestandschutz, da sie auch für evtl. andere Nutzungen uneingeschränkt zur Verfügung stehen müsse. Vor diesem Hintergrund konnten entsprechende Überlegungen in der Planung nicht berücksichtigt werden.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 02.04.2009 - öffentlich - TOP 3.11 *

Zu Punkt 4 **Anfragen**

Zu Punkt 4.1 **Erweiterung der Parkplatzflächen am Obersee**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6711/2004-2009

Bezirksvorsteher Rüther nimmt Bezug auf die Anfrage der CDU-Fraktion:

„Im Rahmen der Genehmigungsplanung „Sanierung Obersee“ wurde von der Bezirksvertretung Heepen auf den Bedarf zusätzlicher Besucherparkplätze am Obersee hingewiesen.

Mit Beschlussvorlage der Verwaltung vom 08.03.2007, Drucksachen-Nr. 3412, wurde dem Ansinnen Folge geleistet.

Frage:

Wann ist mit der baulichen Erweiterung der Parkplatzflächen am Obersee in östlicher Richtung bis zum Viadukt zu rechnen?“

Herr Daube verweist auf die den Bezirksvertretungsmitgliedern zu Beginn der Sitzung vorgelegte Stellungnahme des Umweltamtes vom 25.03.2009:

„Mehrfach wurde thematisiert, ob im Zuge der Umgestaltung des Obersee eine Parkplatzerweiterung an der Talbrückenstraße in Richtung Viadukt realisiert werden kann. Nicht zuletzt durch den neuen Sportplatz ist der Parkraumbedarf steigend. Das Umweltamt hatte sich bereit erklärt, den Vorschlag weiter zu verfolgen.

Geprüft wurden zwei Ausbauvarianten. Zunächst sollten die Möglichkeiten und Kosten einer großen Lösung mit maximalem Stellplatzangebot (64) bis unterhalb des im Eigentum der Deutschen Bahn AG liegenden Viaduktes ermittelt werden. Da die Deutsche Bahn AG für einen Gestattungsvertrag 80.000 € verlangt, wurde diese Variante nicht weiter verfolgt.

Die zweite Variante sieht nun eine Erweiterung bis zur Grundstücksgrenze der Deutschen Bahn AG vor. Hier können ca. 29 zusätzliche Stellplätze geschaffen werden. Diese Maßnahme wird über das Projekt „Sanierung Obersee“ realisiert.

Der Bau soll in 2009 realisiert werden. Er muss sich günstig in den Bauablauf der übrigen Gewerke einpassen, sodass ein Termin zur Zeit nicht genannt werden kann.“

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 02.04.2009 - öffentlich - TOP 4.1 *

Zu Punkt 4.2 Fehlbedarf an Kindergartenplätzen im Stadtbezirk Heepen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6708/2004-2009

Bezirksvorsteher Rüther nimmt Bezug auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

„Im Stadtbezirk Heepen gibt es viele Familien mit Migrationshintergrund. Besonders für Kinder aus diesen Familien, aber auch für Kinder aus so genannten „bildungsfernen“ Elternhäusern ist die Früherziehung besonders wichtig, um ihre Chancen im Schulsystem zu befördern.

Die Kommune muss um den Kindergartenbesuch dieser Kinder „werben“! Sie darf sich nicht darauf „ausruhen“, dass diese Kinder unter Umständen gar nicht erst angemeldet werden.

Frage:

Welches Konzept hat die Verwaltung, um den hohen Fehlbedarf an Kindergartenplätzen im Stadtbezirk Heepen in naher Zukunft anzugehen?

Dabei ist zu bedenken, dass laut Bedarfsplanung weitaus mehr Plätze fehlen als die 68 nicht berücksichtigten Anmeldungen.

Zusatzfrage:

Gibt es Konzepte, um Familien, die ihre Kinder nicht zur Früherziehung anmelden, über deren Stellenwert aufzuklären, um den Kindern einen Besuch des Kindergartens zu ermöglichen?“

Herr Daube verweist auf die zu Sitzungsbeginn an alle Bezirksvertretungsmitglieder verteilte Stellungnahme des Amtes für Jugend und Familie - Jugendamt vom 27.03.2009:

„Auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen teilt die Fachverwaltung folgendes mit:

Im Stadtbezirk Heepen wohnt eine große Anzahl von Familien aus der ehemaligen UDSSR. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass diese Familien ihre Kinder nicht oder nur im letzten Jahr vor der Einschulung in einer Kindertageseinrichtung betreuen lassen wollten. Dies führte zu einem - im Verhältnis zu anderen Stadtbezirken - niedrigeren Versorgungsbedarf und damit einer niedrigeren Versorgungsquote mit Betreuungsplätzen für die 3 bis 6 Jährigen.

Mittlerweile ändert sich die Einstellung dieser Familien zu einer professionellen Betreuung und sie melden ihre Kinder früher in einer Kinderageseinrichtung an. Dies ist ausdrücklich zu begrüßen. Auf die Situation hat die Fachverwaltung bedarfsgerecht reagiert. So steigt die Versorgungsquote im Stadtbezirk Heepen zum Kindergartenjahr 2009/2010 für die unter 3 Jährigen von 6,7% auf 13,8% und für die 3 bis 6 Jährigen von 82,1% auf 86,9%.

Um weitere zusätzliche Plätze im Stadtbezirk Heepen zu schaffen, wurden im Rahmen der Umsetzung des Konjunkturprogramms II entsprechende Ausbauvorschläge eingebracht. Diese beziehen sich auf An- und Ausbauten bestehender Einrichtungen. Darüber hinaus wurden Gespräche mit den Trägern von Kindertageseinrichtungen im Stadtbezirk geführt. Ziel ist auch hier die Schaffung zusätzlicher Plätze, insbesondere in den Wohnbereichen Milse und Baumheide.

Zusätzlich zu den o. a. Ausführungen ist auf die jährliche Veranstaltung für die Eltern 4 jähriger Kinder zu verweisen. Alle Bielefelder Eltern 4 jähriger Kinder werden eingeladen, um sich über den Bildungsauftrag der Kindertageseinrichtungen und der Grundschulen zu informieren. Auf der Veranstaltung wird insbesondere auch über den Stellenwert der frühkindlichen Förderung, des Spracherwerbs und des sozialen Lernens informiert und für einen Besuch der Kindertageseinrichtungen geworben.“

Frau Kreye (Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen) nimmt Bezug auf die von ihr im Rahmen der Beratung am 26.02.2009 getroffenen Aussagen und stellt fest, dass in der Stellungnahme der Verwaltung die von ihr erwarteten Aussagen getroffen werden. Aufgrund der weiterhin unbefriedigenden Situation habe sie im Rahmen der Anfrage nochmals deutlich auf die vorhandene Unterversorgung insgesamt und die Notwendigkeit, auf bestimmte Eltern zuzugehen, deutlich hinweisen wollen. Ihres Erachtens habe die Stadt Bielefeld die Aufgabe, Sorge dafür zu tragen, dass ausreichend Kindergartenplätze zur Verfügung gestellt werden und darüber hinaus dafür zu werben, dass besonders angesprochene Bevölkerungsgruppen ihre Kinder früher im Kindergarten anmelden. Der Besuch einer Kindertageseinrichtung sei ihres Erachtens für die weitere Entwicklung der Kinder unverzichtbar. Leider sei es erst möglich offensiv für den Besuch einer Kindertagesstätte zu werben, wenn ausreichend Plätze zur Verfügung stehen.

Bezirksvorsteher Rüter vertritt die Auffassung, dass zwar weiterhin eine entsprechende Unterversorgung bestehe, aber auch erste Verbesserungen erkennbar werden. Er hoffe darüber hinaus, dass sich im Rahmen der Umsetzung des Konjunkturpaktes II weitere Möglichkeiten zur Verbesserung der Situation ergeben.

Herr Scholten (CDU-Fraktionsvorsitzender) stellt fest, dass im Stadtbezirk Heepen weiterhin eine erhebliche Unterversorgung bestehe. Dies sei u. a. darauf zurückzuführen, dass keine geeigneten Immobilien zur Verfügung stehen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 02.04.2009 - öffentlich - TOP 4.2 *

-.-.-

Zu Punkt 4.3 **Friedrich-Hagemann-Straße und Nebenstraßen: Von Lkw-Fahrern hinterlassener Müll**
Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 6714/2004-2009

Bezirksvorsteher Rütter nimmt Bezug auf die Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen:

„An der Friedrich-Hagemann-Straße und den Nebenstraßen wird von Lkw-Fahrern, die hier in ihren Fahrzeugen längere Pausen verbringen müssen, Müll hinterlassen.

Frage:

Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung, dieses „Müllproblem“ zu lösen.“

Herr Daube verweist auf die zu Sitzungsbeginn an alle Bezirksvertretungsmitglieder verteilte Stellungnahme des Umweltbetriebes vom 30.03.2009:

„Die Friedrich-Hagemann-Straße befindet sich in Reinigungsstufe 10, die Seitenstraße bei Haus-Nr. 58/60 in Reinigungsstufe 08. Die Verkehrsflächen (Fahrbahnen und Parkstreifen) werden in beiden Reinigungsstufen wöchentlich gereinigt (nach aktuellem Tourenplan in der Nachtschicht von Freitag auf Samstag).

Reinigungspflichtig für die Gehwege sind die Eigentümerinnen und Eigentümer der angrenzenden Grundstücke. Die Gehwege im Bereich der städtischen Forstanlagen werden im Rahmen der Reinigung von städtischen Grundstücken bearbeitet.

Illegale Müllablagerungen / einzelner Sperrmüll werden nach Kenntnisnahme zeitnah von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Arbeitsgruppe „Saubere Stadt“ beseitigt.

Vorrangig sind jeweils die Verursacher von Verunreinigungen gemäß § 17 Straßen- und Wegegesetz Nordrhein Westfalen (StrWG NRW) bzw. § 4 der Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Bielefeld - OBVO) zur Beseitigung der Abfälle heranzuziehen bzw. mit Bußgelder zu belegen. Wir regen daher an, den Außendienst zu informieren sowie zu Beobachtungen und Privatanzeigen aufzurufen.

Das Aufstellen von Papierkörben an den Parkstreifen würde jedenfalls nicht zu einer Verbesserung der Situation beitragen, da - insbesondere nachts - nicht mit deren Nutzung zu rechnen ist und darüber hinaus zusätzliche Kosten für deren Kontrolle und Entleerung anfallen würden.“

Frau Kreye (Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen) stellt fest, dass die Aufstellung von Mülleimern ihres Erachtens zumindest versuchsweise erfolgen sollte.

Frau Köttnitz (BfB) regt an, in entsprechenden Bereichen verstärkt die Quartiershelfer einzusetzen.

Frau Kreye weist darauf hin, dass die Quartiershelfer bereits regelmäßig den angesprochenen Müll sammeln. Dieser werde nach ihren Beobachtungen jedoch nicht abgeholt, wie z. B. im Bereich Robert-Nacke-Straße. Ihres Erachtens bestehe hier ein Koordinierungsproblem.

Bezirksvorsteher Rüter bittet die Verwaltung um Prüfung.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 02.04.2009 - öffentlich - TOP 4.3 *

-.-.-

Zu Punkt 5 **Anträge**

Zu Punkt 5.1 **Vorschläge Oldentruper Bürger zur Verbesserung der Verkehrssituation im Stadtteil Oldentrup**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6709/2004-2009

Bezirksvorsteher Rüter verweist auf den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Frau Kreye (Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen) nimmt Bezug auf die von den verschiedenen Interessengruppen und Parteien durchgeführten Veranstaltungen. Im Rahmen dieser Veranstaltungen haben viele Oldentruper Bürgerinnen und Bürger Vorschläge zur Verbesserung der Verkehrssituation geäußert. Diese Äußerungen liegen der Verwaltung zum Teil schriftlich vor. Die Verwaltung solle diese daher der Bezirksvertretung im Rahmen eines entsprechenden Tagesordnungspunktes vorstellen.

Herr Scholten (CDU-Fraktionsvorsitzender) verweist auf die in der Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 26.02.2009 beratenen Anträge zur Verkehrssituation im Stadtteil Oldentrup und die hierzu gefassten Beschlüsse. Seines Erachtens sei aus allen Richtungen mehrfach auf die Notwendigkeit, die verkehrliche Situation in Oldentrup zu verbessern, hingewiesen und darüber hinaus entsprechende Prüfaufträge erteilt worden. Er halte es daher nicht für erforderlich, weitere Beschlüsse zu fassen, da alles gesagt sei.

Frau Grünewald (CDU-Fraktion) schließt sich den Ausführungen von Herrn Scholten an und erwartet, dass die Verwaltung im Rahmen der Abarbeitung der bereits gefassten Beschlüsse alle Aspekte und auch die Anregungen der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigen werde.

Herr Stuke (SPD-Fraktion) schließt sich der von Herrn Scholten vertretenen Auffassung an und erklärt darüber hinaus, dass im Rahmen der Diskussion deutlich geworden sei, dass eine Entlastung nur über eine Umgehungsstraße entlang der Bahn zu realisieren sei.

Frau Kreye bedauert die von Herrn Scholten, Frau Grünewald und Herrn Stuke vertretene Auffassung. Ihres Erachtens sollte die Angelegenheit nicht nur in den politischen Gremien diskutiert werden, sondern auch die Betroffenen zu Wort kommen.

Herr Stuke stellt fest, dass alle Bezirksvertretungsmitglieder die Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen und sich intensiv für die Lösung der angesprochenen Probleme einsetzen.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird aufgefordert zu den Vorschlägen, die Oldentruper Bürger zur Verbesserung der Verkehrssituation in Oldentrup erarbeitet und dem Amt für Verkehr zur Verfügung gestellt haben, in der Bezirksvertretung Stellung zu nehmen.

Dafür: 2 Stimmen
Dagegen: 13 Stimmen
Enthaltungen: 0 Stimmen

- mithin abgelehnt -

* BV Heepen - 02.04.2009 - öffentlich - TOP 5.1 *

Zu Punkt 5.2

Salzufler Straße: Parkverbot für LKW

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6710/2004-2009

Bezirksvorsteher Rüter verweist auf den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Herr Schütz (CDU-Fraktion) weist darauf hin, dass die in dem angesprochenen Bereich geparkten Lkw seines Erachtens nicht den Radverkehr behindern, da der Radweg auf dem Bürgersteig verlaufe.

Herr Stuke (SPD-Fraktion) stellt fest, dass auch er - wenn auch selten - beobachtet habe, dass im angesprochenen Bereich ein Lkw geparkt wurde. Seines Erachtens sollte die Verwaltung um Prüfung gebeten werden, ob sich aus dem gelegentlichen Parken von Lkw am Standort ein Gefahrenpotential ergebe und der Bezirksvertretung ggf. entsprechende Maßnahmen vorstellen.

Herr Diekmann (SPD-Fraktion) führt aus, dass er täglich am angesprochenen Standort vorbeifahre und hier nur selten parkende Lkw beobachte. Es sei darüber hinaus zu bedenken, dass der Parkstreifen im Bereich des Ortskerns Heepen Lkw-Fahrern die letzte Möglichkeit biete, ihr Fahrzeug kurzfristig in der Nähe des Heeper Ortskerns abzustellen.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktion) schließt sich der von Herrn Stuke vertretenen Auffassung, der Verwaltung einen entsprechenden Prüfauftrag zu erteilen, an.

Frau Kreye erklärt sich mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s :

Es ist zu beobachten, dass auf dem Parkstreifen an der Salzufler Straße gegenüber dem ehemaligen Hanning-Haus (Salzufler Straße 48) des Öfteren Lkw geparkt werden, die den Fahrradweg blockieren. Die Verwaltung wird gebeten, die Angelegenheit zu prüfen und - sollte sich aus der Situation ein entsprechendes Gefahrenpotential ergeben - der Bezirksvertretung geeignete Maßnahmen (z. B. Parkverbot) zur Verbesserung der Situation vorzuschlagen.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 02.04.2009 - öffentlich - TOP 5.3 *

-.-.-

Zu Punkt 6

Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. III / H 19 "Wohnen im Pastorengarten" für eine Teilfläche des Gebietes südlich der "Heeper Straße" (L 778) / südwestlich "Tieplatz" im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB

- Stadtbezirk Heepen -

- Aufstellungsbeschluss

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6103/2004-2009

Herr Drees (Büro Drees u. Huesmann, Planer) erläutert ausgehend vom Ergebnis des im Jahr 2008 durchgeführten Architektenwettbewerb, die sich gegenüber dem Wettbewerbsergebnis ergebende veränderte Planung. Die überarbeitete Planung sehe vor, das Hauptgebäude deutlich von der Heeper Straße abzurücken. Hinter dem Hauptgebäude seien im Gegensatz zur bisherigen Pla-

nung nur noch 2 Baukörper vorgesehen. Im Anschluss erläutert Herr Drees verschiedene Planungsdetails (Lage der Erschließungsanlagen, Baumstandorte, Lage der Baufenster, Geschossigkeit der Baukörper, Funktion der Gebäudeteile etc.). Darüber hinaus erläutert er an Hand einer Ansichtszeichnung wie sich das 4-geschossige Gebäude mit Flachdach optisch in die vorhandene Bebauung an der Heeper Straße einfügt und erläutert in diesem Zusammenhang die farbliche Gestaltung der Außenfassade.

Auf Rückfrage von Herrn Stuke (SPD-Fraktion) bestätigt Herr Drees, dass der Abstand des Baukörpers von der Heeper Straße auf der Seite zur Alten Vogtei entsprechend der neuen Planung ca. 30 m betrage.

Herr Stuke stellt daraufhin fest, dass gerade dieser Aspekt seines Erachtens deutlich dazu beitrage, dass sich das Gebäude nun optisch gut in das Ortsbild einfüge.

Frau Kammeier (CDU-Fraktion) führt aus, dass das Gebäude durch das Abrücken von der Heeper Straße nicht mehr so massiv wirke. Im Übrigen schließe sie sich der in der Einwohnerfragestunde von den Bürgerinnen und Bürgern vertretenen Auffassung an, dass es sich bei dem Standort „Pastorengarten“ um einen städtebaulich sensiblen Bereich handele. Sie bittet die Verwaltung daher, im Rahmen der weiteren Planung eine maßstabsgerechte Gesamtansicht mit den anderen relevanten Gebäuden (Bebauung westlich des Objektes, Kirche, Kriegerdenkmal, Vogteigebäude etc.) vorzustellen. Darüber hinaus sollte die Fassade so gestaltet werden, dass sie nicht so massiv wirke wie vorgestellt. Ihres Erachtens füge sich der Baukörper in der vorgestellten Optik nicht gut in das vorhandene Ortsbild ein.

Herr Drees sieht den Baukörper aus fachlicher Sicht als positiven Kontrast zur vorhandenen Bebauung.

Frau Kreye (Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen) teilt die von den Bürgerinnen und Bürgern vorgetragenen Bedenken. Ihres Erachtens füge sich der Baukörper nicht in das Ortsbild ein. Das Gebäude sollte ihres Erachtens niedriger sein. Außerdem sollte auf das Flachdach verzichtet werden. Sie hoffe, dass diesbezüglich im weiteren Verfahren ein Konsens hergestellt werden könne. Abschließend fragt sie, welche energetischen Standards beim Bau vorgesehen seien.

Herr Drees erläutert die nach den einschlägigen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden hohen Energiestandards, die im Bereich der Stadt Bielefeld bei der Aufstellung von Bebauungsplänen zu berücksichtigen seien.

Frau Köttnitz (BfB) führt aus, dass sie dem Bau eines 4-geschossigen Gebäudes mit Flachdach am Standort zunächst ablehnend gegenüberstand. Sie habe dann das ihres Erachtens „heruntergekommene“ Grundstück in Augenschein genommen und sei dabei zu der Auffassung gelangt, dass eine entsprechende Bebauung, die nun auch noch deutlich von der Heeper Straße abrücke, sich bei entsprechender Gestaltung gut in das Umfeld einfüge. Sie stehe dem Vorhaben insofern positiv gegenüber. Gestalterische Details seien nun in weiteren Verfahren abzustimmen.

Herr Diekmann (SPD-Fraktion) stellt fest, dass er das Projekt insbesondere im Hinblick auf die demografische Entwicklung begrüße. Seines Erachtens werden die künftigen Mieter und Bewohner zur Belebung des Heeper Ortskernes und

auch zur Stärkung bzw. Sicherung des Bestandes des vorhandenen Einzelhandels beitragen. Seines Erachtens sollte die Bezirksvertretung daher dieses Projekt unterstützen.

Bezirksvorsteher Rüther fasst die Diskussion zusammen und merkt an, dass alle weiteren Details im Rahmen der nächsten Verfahrensschritte - insbesondere im Rahmen der voraussichtlich noch im Mai 2009 stattfindenden frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit - zu erörtern seien.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

1. **Der Bebauungsplan Nr. III / H 19 „Wohnen im Pastorengarten“ für eine Teilfläche des Gebietes südlich der „Heeper Straße“ (L 778) / südwestlich „Tieplatz“ ist gemäß § 2 (1) BauGB neu aufzustellen. Für die genauen Grenzen des Plangebietes ist die im Übersichtsplan M. 1:500 (im Original) mit blauer Farbe vorgenommene Abgrenzung verbindlich.**
2. **Die Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. III / H 19 „Wohnen im Pastorengarten“ soll als beschleunigtes Verfahren gemäß § 13a BauGB („Bebauungspläne der Innenentwicklung“) durchgeführt werden.**
3. **Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 (1) BauGB ortsüblich bekannt zu machen. Dabei ist gemäß § 13a BauGB darauf hinzuweisen, dass die Aufstellung im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 (4) BauGB erfolgt. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB ist auf der Grundlage der in der Vorlage dargestellten allgemeinen Ziele und Zwecke der Bauleitplanung nach der vom Rat der Stadt beschlossenen Richtlinie durchzuführen.**

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 02.04.2009 - öffentlich - TOP 6 *

-.-.-

Zu Punkt 7

Umgestaltung der Schulaußenanlage der Grundschule Altenhagen im Rahmen der Offenen Ganztagschule

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6649/2004-2009

Herr Berger (Umweltbetrieb) führt aus, dass das bereits seit längerem vorliegende Grundkonzept für die Umgestaltung der Schulaußenanlagen der Grundschule Altenhagen bisher aus finanziellen Gründen nicht realisiert werden konnte. Aufgrund der für den OGS-Betrieb zur Verfügung stehenden Mittel und der finanziellen Unterstützung durch den Schulförderverein sei es nun möglich, das Konzept zumindest teilweise umzusetzen. Im Anschluss erläutert Herr Berger - ausgehend vom Ist-Zustand - Lage und Funktion der einzelnen Bereiche.

Frau Schnadhorst (SPD-Fraktion) begrüßt das vorgestellte Konzept und fragt, wann das „Grüne Klassenzimmer“ realisiert bzw. aus welchen Gründen die Realisierung zurückgestellt werde.

Herr Berger erläutert, dass die Maßnahme aus finanziellen Gründen derzeit noch nicht umgesetzt werden könne und stellt die zugrundeliegenden finanziellen Abhängigkeiten im Überblick dar.

Frau Schnadhorst hält den Standort des Fußballtores an der Nordseite des Schulgebäudes für unglücklich, da in Richtung der Kafkastraße gespielt werde. Sie fragt, ob das Tor auf die Fläche hinter der Turnhalle verlegt und durch ein zweites Tor ergänzt werden könne.

Herr Berger erläutert, dass bewusst auf ein zweites Tor verzichtet wurde, um den Eindruck eines „Bolzplatzes“ zu vermeiden.

Bezirksvorsteher Rüter regt an, das Tor so aufzustellen, dass „von der Straße weg“ gespielt werde.

Herr Berger sagt zu, diese Frage zu prüfen.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktion) stellt fest, dass er im Rahmen der Begehung der Grundschule Altenhagen aufgrund der wenigen bzw. fehlenden Spielmöglichkeiten einen negativen Eindruck gewonnen habe. Er hoffe daher, dass die geplanten Maßnahmen zu einer deutlichen Verbesserung der Atmosphäre führen werden.

Frau Hoose (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) fragt, inwieweit im Rahmen der Maßnahme dafür gesorgt werden könne, dass zusätzliche Fahrradständer für das Kollegium bereitgestellt werden.

Herr Daube ergänzt, dass für alle Nutzer/innen (sowohl der Schule als auch der Mehrzweckhalle) u. U. weitere Fahrradständer sinnvoll wären.

Herr Berger erläutert, dass eine derartige Ergänzung im Rahmen der Maßnahme nicht beabsichtigt sei. Er werde sich jedoch mit dem Ziel, den offenbar vorhandenen Mangel zu beseitigen, mit dem Immobilienservicebetrieb in Verbindung setzen

Frau Köttnitz (BfB) beurteilt die Umgestaltung positiv und fragt, ob es sich bei den in der Vorlage bezifferten laufenden Kosten um zusätzliche Kosten handele und fragt darüber hinaus, auf welcher Grundlage diese Kosten ermittelt werden.

Herr Berger bestätigt, dass es sich bei den in der Vorlage bezifferten Kosten um zusätzliche Kosten handele und erläutert die der Kostenermittlung zugrunde liegenden betriebswirtschaftlichen Abhängigkeiten.

Frau Köttnitz stellt darauf hin fest, dass es sich offenbar um dauerhafte Ausgaben handele. Sie bringt ihre Auffassung zum Ausdruck, dass die Entwicklung dieser Kosten sorgfältig betrachtet werden müsse.

Frau Kreye (Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen) weist darauf hin, dass sie festgestellt habe, dass im Rahmen der Realisierung entsprechender

Maßnahmen häufig Sandsteinquader verwendet werden und fragt nach den Gründen.

Herr Berger erläutert, dass das angesprochene Material viele gestalterische Möglichkeiten biete und zudem im Vergleich zu anderen Materialien kostengünstiger zu beschaffen sei.

Bezirksvorsteher Rüther begrüßt die Maßnahme und dankt dem Schulförderverein für sein Engagement.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s :

Die Bezirksvertretung Heepen stimmt der Umgestaltung der Schulaußanlage an der Grundschule Altenhagen gemäß Vorentwurf Plan-Nr. 41/26.8 des Umweltbetriebes - 700.63 - vom 13.02.2009 zu.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 02.04.2009 - öffentlich - TOP 7 *

-.-.-

Zu Punkt 8

ohne auto mobil 2009

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6729/2004-2009

Frau Grünewald (CDU-Fraktion) stellt fest, dass die Linienbusse aufgrund der Streckenführung teilweise umgeleitet werden müssen und fragt, ob die Aktion mit der moBiel GmbH abgestimmt sei.

Frau Dietz (Amt für Verkehr) erläutert, dass die vorgesehenen Sperrungen mit allen Beteiligten abgestimmt wurden und lediglich noch Detailfragen zu klären seien. Sie weist darüber hinaus darauf hin, dass die Aktion auch mit dem VV OWL abgestimmt wurde.

Frau Grünewald bittet die Verwaltung, im Rahmen der weiteren Beratung im Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss auch konkrete Aussagen zur Abstimmung der Maßnahme mit den ÖPNV-Trägern zu treffen.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktion) sieht in der Veranstaltung die Möglichkeit, das Bewusstsein der Öffentlichkeit für alternative Fortbewegungsmöglichkeiten - insbesondere per Rad - zu stärken. Darüber hinaus könne sich die Veranstaltung seines Erachtens zu einem attraktiven Event entwickeln. Hinsichtlich der nicht unerheblichen Kosten wünsche er, dass zukünftige Veranstaltungen kostenneutral durchgeführt werden.

Herr Diekmann (SPD-Fraktion) beurteilt die Veranstaltung sehr positiv. Hinsichtlich der Route regt er an, die Strecke über die Wiesenstraße zu führen, da diese Strecke seines Erachtens deutlich attraktiver sei als die Fahrt über den Schelpmilser Weg.

Frau Dietz erklärt, dass das Amt für Verkehr die Anregung, die Strecke über die Wiesenstraße zu führen, prüfen werde.

Frau Kammeier (CDU-Fraktion) stellt fest, dass als Attraktion an der Strecke die neue Feuerwache ausgewiesen werde und fragt, ob die Herforder Straße bis zur neuen Feuerwache ebenfalls gesperrt werde. Darüber hinaus fragt sie, ob für die Veranstaltung Umleitungsstrecken ausgeschildert werden.

Frau Dietz erläutert, dass es sich bei dem Ziel „Neue Feuerwache“ um einen sogenannten „Abstecher“ handle, für den keine gesonderte Sperrung erfolge. Ein festes Umleitungskonzept sei nicht vorgesehen. Es sei beabsichtigt, die Öffentlichkeit im Vorfeld durch intensive Öffentlichkeitsarbeit über die Veranstaltung und die damit u. U. verbundenen verkehrlichen Einschränkungen zu informieren.

Herr Scholten (CDU-Fraktionsvorsitzender) vertritt die Auffassung, dass die aufgrund der Veranstaltung zu erwartenden Einschränkungen vertretbar seien. Er hoffe, dass die Veranstaltung erfolgreich verlaufe und das Bewusstsein in der Bevölkerung für alternative Verkehrsmittel fördere.

Herr Diekmann weist darauf hin, dass viele Anlieger (z. B. im Bereich der Straße Fohlenwiese) ihre Fahrzeuge am Veranstaltungstag aufgrund der Straßensperrung (z. B. Vogteistraße) nicht wie üblich nutzen können. Er bitte die Verwaltung, Vorkehrungen zu treffen, die es den Anwohnern ermöglichen, ihre Fahrzeuge zumindest in der Nähe des Wohnbereiches zu parken und im Übrigen die Erreichbarkeit der Wohnbereiche zu gewährleisten.

Bezirksvorsteher Rütter wünscht allen Beteiligten im Namen der Bezirksvertretung einen erfolgreichen Verlauf der Veranstaltung.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 02.04.2009 - öffentlich - TOP 8 *

-.-.-

Zu Punkt 9

Baumaßnahmen im öffentlichen Verkehrsraum 2009 - 2010

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6611/2004-2009

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktion) stellt fest, dass die Veranstaltung „ohne auto mobil“ (vgl. TOP 8) in der Auflistung der mit verkehrlichen Einschränkungen verbundenen Veranstaltungen nicht aufgeführt werde. Seines Erachtens sei dies nachzuholen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 02.04.2009 - öffentlich - TOP 9 *

-.-.-

Zu Punkt 10

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Herr Daube informiert über den Sachstand der Abarbeitung folgender Beschlüsse der Bezirksvertretung Heepen:

- Verkehrssituation Ziemannsweg in Brake
(Bezirksvertretung Heepen - 06.09.2007 - Drucksache 4101/2004-2009) und Parkraumkonzept Wefelshof (BV Heepen - 11.10.2007 - Dringlichkeitsbeschluss)
- Verkehrsfluss Braker- / Engersche Straße
(vgl. BV Heepen - 10.01.2008 - Drucksache 4670/2004-2009)
- Sperrung des Bentruperheider Weges für den Durchgangsverkehr
(vgl. BV Heepen - 14.02.2008 - Drucksache 4820/2004-2009)
- Entlastung des Ortskerns von Oldentrup
(vgl. BV Heepen - 14.02.2008 - Drucksache 4847/2004-2009)
- Entwicklungsmöglichkeiten für Altenhagen
(vgl. BV Heepen - 03.04.2008 - Drucksache 5011/2004-2009)
- Errichtung von UMTS-Sendemasten
(vgl. BV Heepen - 14.08.2008 - Drucksache 5624/2004-2009)
- Gefährliche Kreuzung Stedefreunder- und Husumer Straße / Stieglitzweg - Herford
(vgl. BV Heepen - 14.08.2008 - Drucksache 5575/2004-2009)
- Bahntunnel Grafenheider Straße
(vgl. BV Heepen - 14.08.2008 - Drucksache 5579/2004-2009)
- Radweg Potsdamer Straße
(vgl. BV Heepen - 04.09.2008 - Drucksache 5710/2004-2009)
- Kreisverkehr im Einmündungsbereich Stedefreunder Straße / Braker Straße
(vgl. BV Heepen - 23.10.2008 - Drucksache 5911/2004-2009)
- Photovoltaikanlagen auf Dächern städtischer Gebäude im Stadtbezirk Heepen
(vgl. BV Heepen - 23.10.2008 - Drucksache 5973/2004-2009)
- Schulraumsituation der Grundschule Brake
(vgl. BV Heepen - 23.10.2008 - Drucksache 5910/2004-2009)
- Ausbau der Bechterdisser Straße zwischen Ludwig-Erhard-Allee und Autobahnbrücke
(vgl. BV Heepen - 15.01.2009 - Drucksache 6282/2004-2009)
- Glas- und Kleidercontainer am Wefelshof

(vgl. BV Heepen - 15.01.2009 - Drucksache 6290/2004-2009)

- Altenhagener Straße: Bushaltestelle und Querungshilfe Höhe Tonstraße
(vgl. BV Heepen - 26.02.2009 - Drucksache 6544/2004-2009)
- Optimierung der Verkehrssituation im Ortsteil Oldentrup
(vgl. BV Heepen - 26.02.2009 - Drucksache 6560/2004-2009)
- Zufahrtsmöglichkeit für Rettungswagen, Feuerwehr und Polizei an der Straße Am Schnatbach
(vgl. BV Heepen - 26.02.2009 - Drucksache 6562/2004-2009)

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 02.04.2009 - öffentlich - TOP 9 *

-.-.-

Andreas Rüter
Bezirksvorsteher

Herbert Lötze
Schriftführer